

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

183 (11.8.1950)

# BADISCHES VOLKSECHO

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 90. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. — Vertriebsfilialen: Heidelberg, Rohrbacher Straße 13-15, Ruf 3421/25-61; Karlsruhe, Amalienstraße Nr. 69, Ruf 4033; Pforzheim, Westliche 7, Ruf 2396; Weinheim, Hauptstr. 84, Ruf 2419.

Volkzeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustelgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 677 Städt. Sparkasse Mannheim Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 29. Anzeigen-Preisliste Nr. 3. Anzeigen werden entgegenommen in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang V / Nr. 183

Freitag, 11. August 1950

Preis 15 Pfg.

Wie werden unsere Anstrengungen verdoppeln!

Die Kreisdelegiertenkonferenz der KPD, Kreisorganisation Nürnberg protestiert auf das Schärfste gegen die Aufhebung der Immunität des unermüdeten Friedenskämpfers Max Reimanns. Ihre Antwort lautet: „Wir verpflichten uns, unsere Anstrengungen im Kampf um den Frieden zu verdoppeln und durch schonungslosen Einsatz all unserer Kräfte zu erreichen, daß der Plan der Kriegstreiber, aus Deutschland ein zweites Korea zu machen, vereitelt wird. Unsere Antwort ist bis zur nächsten Kreisdelegiertenkonferenz am 19. und 20. August: die Schaffung von fünf neuen Friedenskomitees, vor allem in den Betrieben, und den Absatz unserer Presse durch Werbung von 500 neuen Abonnenten bis zum selben Termin zu steigern.“

Teueres Brot wegen der Aufrüstung

Paris. (EB.) Die 2 Milliarden Franc neue Kriegsausgaben, die die französische Regierung im Interesse der westeuropäischen Kriegsvorbereitung ausgeben will, führt nicht nur zu einer Erhöhung der Steuern, sondern hat auch, genau wie bei uns in Westdeutschland, die Lebensmittelpreise steigen lassen. Die Regierung selbst hat die Erhöhung des Brotgetreidepreises um zehn Prozent beschlossen. Teueres Brot ist überall dort die Folge, wo die Regierungen gegen den Willen ihrer Völker den Fußtapfen der anglo-amerikanischen Kriegsorganisationen folgen.

Ein Betrieb geschlossen für den Frieden

Duisburg-Ruhrort. (EB.) Die Belegschaft der Baufirma Gebr. Volmer hat sich geschlossen in die Listen zur Achtung der Atomwaffen eingezeichnet.

64 Personen leisteten ihre Unterschrift. Friedenskämpfer waren an die Bauschaffenden herangetreten und hatten ihnen die Notwendigkeit des Kampfes für den Frieden aufgezeigt.

## Streik gegen Waffentransport und ein Zeitungs-Verbot

Hamburg kämpft gegen Todesladung im Hafen — Besatzungsmacht verbietet „Hamburger Volkszeitung“ auf drei Monate Kampf um den Frieden höchstes Lebensgesetz und nicht verbotbar

Hamburg. (EB.) In den Arbeitsvermittlungsstellen des Hamburger Hafens haben sich die Hafendarbeiter mit ihren 41 Kollegen solidarisch erklärt, die wegen der Verweigerung der Entladung von Munitionsschiffen gemäßigert worden sind. Sämtliche Hafendarbeiter traten in den Streik. Die Barkassen am Baumwall, an der Kehrweilerspitze und am Hafentor verließen die Anlegebrücke ohne Schauerleute. Auf der Rosenbrücke zur Kehrweilerspitze standen Hamburger Frauen, die den Hafendarbeitern zuriefen: „Entladet keine Waffen, sie richten sich gegen Euch selbst!“

Die „Hamburger Volkszeitung“ ist gestern auf die Dauer von drei Monaten unter Berufung auf das Gesetz Nr. 5 von der Alliierten Hohen Kommission verboten worden. Sie habe durch Veröffentlichung des Prestige und die Sicherheit der Alliierten Besatzungstruppen beeinträchtigt.

Beide Meldungen kennzeichnen die gegenwärtige Lage in Hamburg und in Westdeutschland. Auf die Weigerung Deutscher, sich an der Aufrüstung und den Arbeiten zur Vorbereitung eines neuen Krieges zu beteiligen, wird mit Unterdrückungsmaßnahmen geantwortet. Der Zusammenhang zwischen dem Streik der Hamburger Hafendarbeiter und dem Verbot der „Hamburger Volkszeitung“ ist offensichtlich. Die fortschrittliche Presse soll mundtot gemacht und den Friedenskämpfern in Westdeutschland eine ihrer stärksten Waffen geraubt werden.

Die „Hamburger Volkszeitung“ ist die vierte Zeitung, die in den letzten Wochen verboten wurde. Es ist bestimmt eine Täuschung, wenn in Westdeutschland sich jemand einbildet, daß damit das deutsche Volk für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und dessen Einbeziehung in die Vorbereitungen des dritten Weltkrieges gewonnen werden kann. Im Gegenteil: Unterdrückungsmaßnahmen führen der Bevölkerung vor Augen, wie nahe die Gefahr ist, von der sie bedroht wird.

Die Friedensfreunde in Westdeutschland müssen sich klar darüber sein, welches Ziel mit den Zeitungsverboten am laufenden Band verfolgt wird. Der Friedenskampf in Westdeutschland soll der Führung beraubt werden. Die Friedenskämpfer sollen nicht in die Lage versetzt werden, zu wissen, was der Erfolg ihrer Anstrengungen ist. Es sind die gleichen Beweggründe, die hier eine Rolle spielen, die maßgebend waren, den infamen Schlag des Immunitätsraubes gegen den mutigen Friedenskämpfer Max Reimann zu führen.

Aus all dem gibt es nur die Schlussfolgerung, die Max Reimann bereits gezogen hat. An alle Friedenskämpfer hat er die Aufforderung gerichtet, die Zahl der bisher erreichten Unterschriften auf den Listen des Frie-

dens zu verdoppeln. Den Kommunisten aber sagt er: „Unterschriftensammlung zum Verbot der Atomombe ist eine Ehrenpflicht jedes Kommunisten.“

Für die Friedensfreunde ergibt sich daraus die Konsequenz: „Laßt die Zahl der Unterschriften zur Achtung der Atomombe gegen die verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen sprechen!“ Dokumentiert, daß die Zahl der Friedenskämpfer, all derer, die ablehnen, ihre Hand zum Verderben des eigenen Volkes und der gesamten Menschheit herzugeben, trotz Unterdrückung und Terror von Tag zu Tag größer wird! Beteiligt Euch am kommenden Samstag und Sonntag am Großsamstag der Unterschriften für den Frieden!

Zeche Sachtleben verlangt:

Doktor Böckler soll abtreten!

Mannk. (Volkskorr.) Auf einer Belegschaftsversammlung der Zeche Sachtleben AG wurde das passive Verhalten des DGB-Bundesvorsitzenden Dr. Böckler scharf kritisiert und sein Rücktritt verlangt. Eine mehrköpfige Delegation, die gewählt wurde, soll angesichts der steigenden Preise beim Hauptvorstand der IG-Bergbau mit Nachdruck fordern, daß sofort alle Maßnahmen getroffen werden, um eine Lohnerhöhung von 2 DM pro Mann und Schicht durchzusetzen.

Verhindert jeden Lohnabbau

Neheim-Hüsten. (Volkskorr.) Seit einigen Tagen ist im Walzwerk „Siegerland“ eine elektrische Doppelstockmaschine aufgebaut. Der Bedienung der neuen Maschine will die Betriebsleitung den Lohn um 20 Prozent kürzen und nur noch 65 Prozent des Walzmeisterlohnes zahlen.

## Hamburger Hafendarbeiter geben das Beispiel

Hamburg. (EB.) Der Streik der Hafendarbeiter für ihre gemäßigerten 41 Kollegen, die sich geweigert hatten, zwei englische Munitionsdampfer zu entladen und deshalb ins Freie entlassen wurden, hat bereits nach wenigen Stunden mit einem vollen Sieg der Friedenskämpfer geendet. Sämtliche Hafendarbeiter haben sich mit dieser entschlossenen Tat in die vornehmste Reihe der deutschen Friedenskämpfer gestellt und gemäß ihrer internationalen Verpflichtungen gehandelt. Ihre Tat hat den ganzen Weltfrieden hinaus gefunden.

Mit einem Schlag wurde der Hamburger Bevölkerung offenbar, in welche Gefahr sie durch die Kriegsvorbereitungen gebracht wird, die nicht nur im Hafen, sondern auch auf dem Flugplatz Fuhsbüttel und in der Fischbäckerheide getroffen werden.

Aus Solidarität mit den gemäßigerten Arbeitern waren gestern morgen von der Frühschicht etwa 80 v. H. der unständig beschäftigten Schauerleute in den Streik getreten. Von den zur Vermittlung anwesenden 800 Arbeitern nahmen etwa 600 die Arbeit nicht auf. In einer kurz nach 6 Uhr morgens stattgefundenen überfüllten Belegschaftsversammlung wurden weitere Maßnahmen beschlossen, um den Streikbeschuß auch an die in den Hafentrieben beschäftigten Stamarbeiter heranzubringen.

Durch die gemeinsame Aktion der Schauerleute, Bunker- und Kalaberter für ihre gemäßigerten Kollegen, waren die Hafenturnernehmer und ihre Auftraggeber so schockiert, daß sie bereits im Laufe des Vormittags sich gezwungen sahen, zurückzuweichen und die ausgesprochenen 41 Entlassungen

zurückzunehmen. Der schnelle Sieg der Hafendarbeiter ist auf ihr entschlossenes Handeln und auf die sofort einsetzende Solidarität der Hamburger Bevölkerung und der Betriebe zurückzuführen.

## Bei uns Preissteigerung - in der DDR Lohnerhöhung!

Bergarbeiter in der DDR erhalten mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen Die Auswirkungen der Friedenswirtschaft unter der Führung der Werktätigen

Berlin. (Drahtbericht). Entsprechend dem Referat über den Fünfjahrplan auf dem III. Parteitag der SED, daß die Bergarbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik auf Grund der Schwere und der Bedeutung ihrer Arbeit in der Entlohnung an die Spitze aller Werktätigen treten müssen und die Löhne und Gehälter im Bergbau demgemäß ab 1. September um 8 bis 30 Prozent zu erhöhen sind, hat das Politbüro der SED einen entscheidenden Beschluß über Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen, der Ingenieure, des technischen und kaufmännischen Personals sowie der Produktionsverhältnisse im Bergbau der DDR gefaßt.

Dieser Beschluß legt fest: 1. Verstärkte Mechanisierung. Technische Rekonstruktion der gesamten bergbaulichen Einrichtungen auf der Basis einer weitgehenden Mechanisierung, Elektrifizierung und Verbesserung der Bergbauverhältnisse. 2. Neuregelung der Löhne und Gehälter. Bei der Festsetzung der Löhne und Gehälter

die besondere Stellung des Bergmannsberufs für den Aufbau der Friedenswirtschaft der DDR zu unterstreichen. An besonders verdiente Bergmänner wird der Titel „Meisterhauer“ oder „Verdienter Bergmann der Deutschen Demokratischen Republik“ verliehen. Für Bergarbeiter, für das Aufsichts- und das ingenieurtechnische Personal im Bergbau sowie für die Studierenden an den Bergschulen ist eine Bergmannskleidung mit Abzeichen und Ehrenzeichen einzuführen.

Zu Ehren der Bergleute ist an jedem ersten Sonntag im Juli der „Tag des deutschen Bergmanns“ durchzuführen. Dabei sind die Ehrungen verdienter Bergleute vorzunehmen. Der Beschluß des Politbüros der SED betont ausdrücklich, daß die bisher bereits erzielte Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf Grund der Erfolge der Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung beim planmäßigen Aufbau der volkseigenen Wirtschaft innerhalb der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der DDR der bedeutendste Erfolg der Arbeiterklasse und aller aufbauwilligen Kräfte überhaupt waren. Nur auf diesem Wege ist es möglich, den großen Plan des Kampfes um die Gestaltung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands zu verwirklichen.

des Bergbaues gehoben und den teilweise noch vorhandenen Fluktuationen entgegen gewirkt, die Gewinnung neuer Arbeitskräfte für den Bergbau erreicht.

Für langjährige und einwandfreie Arbeit der wichtigsten Arbeiter- und Angestellten Gruppen im Bergbau ist eine zusätzliche Belohnung einzuführen. Diese Belohnung ist auch den Arbeitern zu gewähren, die mit gesundheitsschädlichen Arbeiten in den Nebenbetrieben des Bergbaues beschäftigt sind.

3. Soziale und kulturelle Betreuung. Die im Gesetz der Arbeit vom 19. April 1950 vorgesehenen Maßnahmen für die weitere Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten sind im Bergbau beschleunigt durchzuführen, wobei besonderes Gewicht auf die Verbesserung der Sozialversicherung, die betrieblichen sozialen Einrichtungen, Bau von Wohnungen, Ausgabe von Arbeitskleidung, Verbesserung der Gesundheitsfürsorge zu legen ist. Weiter sind Verbesserungen im Berufsverkehr durchzuführen und mehr Erholungsmöglichkeiten für die Werktätigen im Bergbau zu schaffen.

An vierter Stelle wird in der Verordnung die Sicherung des erforderlichen Arbeitskräftebedarfs und des Nachwuchses geregelt. An fünfter Stelle wird die Einführung einheitlicher Berufsgrade festgelegt, um

## Eisenbahner sind auf der Hut!

Gewerkschaften zum Handeln aufgefordert

Frankfurt. (EB.) In einer Betriebsräteversammlung der Werkstätten des Direktionsbezirks Frankfurt der Eisenbahn erklärte der Finanzdezernent der Direktion, daß ein Defizit in Höhe von 400 000 DM bestehe, das sich bis Ende dieses Jahres auf 1 Million erhöhen dürfte. Er stellte im Namen der Direktion zur Debatte, die Arbeitszeit auf 42½ Std. pro Woche herabzusetzen oder die Versetzung von 300 ledigen Handwerkern in Mangelplätze vorzunehmen. Seitens der Direktion wurde sogar mit der Vergabe von Arbeiten an die Privatindustrie gedroht — ein Druckmittel, das zugleich als Vorläufer für die Bestrebungen bestimmter in- und ausländischer Kreise für die Reprivatisierung der öffentlichen Verkehrsmittel angesehen werden kann.

In der Debatte lehnten die Betriebsräte die Vorschläge der Direktion einmütig ab. Schwere Vorwürfe wurden der Hauptverwaltung gemacht, die mit Beamten überbesetzt sei. Wenn Einschränkungen vorgenommen würden, so vergesse man dort grundsätzlich

die höheren Beamten mit einzubeziehen. Die Betriebsräteversammlung forderte schließlich daß der Hauptvorstand der Eisenbahngewerkschaft unverzüglich mit der Hauptverwaltung der Eisenbahn in Verhandlungen treten soll. Ein Vertreter aus der französischen besetzten Zone stellte fest, daß in der Bizone schlechtere Verhältnisse auf lohnartförmlichem Gebiet herrschen, als bei ihnen. Ein Vertreter aus dem Bezirk Essen teilte mit, daß trotz Kurzarbeit von 42 Stunden auch noch Versetzen von Handwerkern an Mangelplätze vorgenommen werden müßten.

Diese Verhältnisse bei der westdeutschen Eisenbahn und die Drohung weiterer Massenentlassungen haben bei den Eisenbahnern das einzige richtige Echo hervorgerufen: Voll Kampfbereitschaft die Gewerkschaftsbewegung stark machen und die zaudernden Gewerkschaftsführer zwingen. Dem Willen der gewählten Vertreter der Werktätigen gemäß ihre Forderungen durchzusetzen.

## „Kommunistische Geheimagenten verschleppen Kinder“

Keine Wahnsinnsausgeburt, sondern ein neuer plumper Schwindel gegen die Kommunisten

Mannheim. (EB.) Schon wieder ist man einer „kommunistischen Verschwörung“ auf die Spur gekommen. Die Meldung der dpa aus Bonn ist ganz authentisch, denn sie kommt vom Bundesministerium. „Kommunistische Agenten werben für einen Kindererholungsaufenthalt in der Sowjetzone.“ Im Bonner Innenministerium weiß man sogar genauestens Bescheid, auf welche Weise die „kommunistischen Agenten“ ihr Handwerk treiben.

Die Dinge, die am hellen Tag in voller Öffentlichkeit geschehen, werden zu den „geheimnisvollsten Angelegenheiten“ und die, die damit zu tun haben, zu „Agenten“. Wenn man dem Tatbestand auf die Spur geht, möchte man von Wahnsinnsausgeburten verirrter Geister reden, doch wir wissen, daß auch Wahnsinn seine Methode hat. So bestimmt im vorliegenden Falle. Das Mannheim „Volksecho“, wie mehr als ein Dutzend anderer Zeitungen im Westen, berichten seit vielen Wochen über die Einladung der „Volkssolidarität“ in der DDR, die in Zusammenarbeit mit der Pionier-Abteilung der FDJ es westdeutschen Kindern ermöglichte, einen Ferienaufenthalt — von nicht „14 Tagen“ sondern 3 Wochen — in Zeltlagern im Thüringer Wald zu verbringen. Wir berichteten über die Abreise beispielsweise der Kinder aus Mannheim und darüber, daß sie gut angekommen sind. Die FDJ in Mannheim hatte es sich angelegen sein lassen, die organisatorische Seite der Angelegenheit aufs Beste zu regeln.

Angelegenheit das Bundesinnenministerium in Bonn und eine deutsche Presseagentur zu machen in der Lage waren. Die Volkssolidarität in der DDR ist die Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Hilfsorganisationen, wie beispielsweise die Arbeiterwohlfahrt, diese läßt öffentlich ein, das wird in der Zeitung propagiert, wird mit unserer Hilfe organisiert und am Ende kommt dieser böswillige Schuß.

Wir freuen uns, daß man sich in der DDR mit Aufgaben beschäftigt, auf die die Menschheit stolz sein kann und wären froh,

wenn viele derer, die so geheimnisvoll über „kommunistische Agenten“ zu berichten versuchen, in der Lage wären, ähnliches von hier zu melden. Zum Schluß noch eine Indiskretion: „Zur Zeit wollen eine ganze Anzahl Arbeiter aus Betrieben in Sanatorien im Gebirge und an der Ostsee zur Verbringung ihrer Urlaubstage in der DDR. Wenn dieser „Geheimbericht“ der dpa aus Bonn erscheinen sollte, sind in den Veröffentlichungen unserer Zeitung im Laufe der letzten Wochen alle Einzelheiten nachzulesen.“

## Heraus zum Heinz-Musolf-Aufgebot!

Mannheim. Am kommenden Samstag und Sonntag führt die Freie Deutsche Jugend in Württemberg-Baden und Südbaden zu Ehren ihres toten Landesvorsitzenden Heinz Musolf ein Kampfpat für den Frieden durch.

An der Bahre ihres toten Freundes haben die Delegierten der FDJ aus allen Teilen unseres Gebietes die feierliche Verpflichtung abgelegt, sein Andenken zu ehren, indem sie in seinem Geiste unermüdet weiterkämpfen.

Diese Verpflichtung wollen sie am kommenden Samstag und Sonntag erfüllen. Das Aufgebot trägt den Namen Heinz Musols, weil sie in seinem Geiste an diesem Tag alles Persönliche zurückstellen wollen, im Kampf um die großen Ziele der deutschen Jugend.

Deshalb rufen wir alle Mitglieder der Freien Deutschen Jugend in Württemberg und Baden auf:

Zu Ehren des toten Landesvorsitzenden der FDJ, Zur Sicherung des Friedens und des Glücks der Jugend, Zur Vorbereitung des großen Treffens an Rhein und Ruhr! Keiner schließt sich am kommenden Wochenende aus!

Heraus zum Heinz-Musolf-Aufgebot der FDJ!

(Fortsetzung von Seite 1)

bitteren Erfahrungen die sie im Laufe zweier Weltkriege machen mußten, von denen der letzte schließlich das eigene Land zu einem großen Teil verwüstete, genug vom Kriege. Sie wünschen nichts sehnlicher als den Frieden. Von den Kommunisten werden sie darin bestärkt. Die Kommunisten sagen ihnen Tag für Tag, daß der Krieg nicht kommen wird, wenn sie sich den Vorbereitungen des Krieges widersetzen.

Solche Vorfälle, wie die in Ansbach, Marburg und anderen Orten, wo Deutsche sich weigerten, Gewehre in die Hand zu nehmen, die ihnen von Amerikanern übergeben werden sollten, sind günstige Zeichen dafür, daß viele Deutsche, gleichgültig wie sie sonst zu den Kommunisten stehen, doch begriffen haben, daß sie in der Frage der Erhaltung des Friedens und der Sicherung des eigenen Lebens keine anderen Interessen haben als die Kommunisten. Nicht anders zu werten ist die Weigerung der Hamburger Hafenarbeiter, Bomben und andere Munition zu entladen, wie dies dieser Tage erst geschehen ist. In diesen Handlungen gegen den Krieg widerspiegelt sich die kriegsfeindliche Stimmung in der deutschen Bevölkerung, die den Frieden will. Wenn ganz allgemein in solcher und ähnlicher Weise gegen die Vorbereitungen zum Kriege gekämpft wird, wenn ganz allgemein Arbeit für den Krieg verweigert wird, werden wir ein großes Stück weiter sein auf dem Weg zur Sicherung des Friedens.

Aber dies alles gefällt den „amerikanischen Kreisen“, von denen „Die Welt“ schreibt und ihrer Regierung in Bonn gar nicht. Es ist doch unbestreitbar, daß Westdeutschland von ihnen als ein Aufmarschgebiet in dem Kriege betrachtet wird, den sie in Europa vorbereiten. Die Deutschen sollen dabei mitmachen, als Arbeiter (heute schon in Häfen, beim Entladen von Kriegsmaterial und in den Betrieben, die das Kriegsmaterial herstellen) und als Soldaten (das mit den Einheiten in Ansbach, Marburg und so weiter, denen amerikanische Karabiner in die Hand gedrückt werden, ist ein Anfang). Allerdings, die Kommunisten machen „ständig zunehmende Versuche, die Bevölkerung im Bundesgebiet zu beeinflussen“, sich zur Mitwirkung bei der Kriegsvorbereitung nicht herzugeben. Indem sie so den Frieden verteidigen, verteidigen sie so das Leben unseres Volkes. Sie tun es mit Erfolg, wovon hier einige Beispiele gegeben wurden. Das geht den „amerikanischen Kreisen“, von denen „Die Welt“ schreibt, und ihrer Bonner Regierung gegen den Strich.

„Auch die Propaganda der Kommunisten für die Unterschriftensammlung gegen die Atombombe wird erwähnt“, von der „amerikanischen Seite“, die sich vorgenommen hat, die „Legalität der KPD“ zu prüfen. Warum sagen sie nur „Unterschriftensammlung gegen die Atombombe“, warum sagen sie nicht „Achtung der Atombombe und Verurteilung der Regierung, die sie zuerst anwendet, als Kriegsverbrecher“, wie es in dem Stockholmer Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses heißt? Sie haben ihren Grund dafür. Die Regierung der Sowjetunion hat den Aufruf von Stockholm unterzeichnet. Die Regierung der USA hat den Abgeordneten des Weltfriedenskongresses, die den gesetzgebenden Körperschaften in den USA den Aufruf unterbreiten wollte, die Einreise verweigert. Das war auch eine Antwort. Eine nicht weniger mißverständliche. Aber konnte die Bevölkerung Westdeutschlands beglückt und freudig davon Kenntnis nehmen und sich sagen, daß nun alles gut sei? Wenn Atombomben erst einmal von einer Seite geworfen würden, dann würden sie bald auch von der anderen Seite geworfen werden. Auf Deutschland würde sie fallen, das als Schlachtfeld ausersehen ist, und alles Leben vernichten. Deshalb ist jeder Mensch guten Willens für den Aufruf von Stockholm, den die Kommunisten aus vollem Herzen bejahen. Das Echo auf den Aufruf von Stockholm, den in die Bevölkerung zu tragen die Kommunisten den Friedenskomitees helfen, geht den „amerikanischen Kreisen“, von denen „Die Welt“ schreibt, und ihrer Bonner Regierung gegen den Strich; denn sie wollen ja nicht, daß die Atombombe geächtet wird und daß diejenige Regierung als Kriegsverbrecher verurteilt wird, die sie zuerst anwendet, wofür sie natürlich ihre Gründe haben.

Schließlich betonen die „amerikanischen Kreise, daß die Alliierten bisher nicht beabsichtigen, die KP in der Bundesrepublik zu verbieten“. In den USA selber haben sie die Kommunistische Partei ja auch nicht verboten. Da begnügen sie sich damit, die führenden Funktionäre zu jagen, ihnen den Prozeß zu machen, sie in den Kerker zu werfen. Ihre gelehrigen Schüler und ergebenen Diener in Bonn und in Düsseldorf versuchen es auf dieselbe Weise durch die Aufhebung der Immunität des Führers im Kampf für den Frieden, im Kampfe für die Einheit Deutschlands, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, Max Reimann.

Die Tatsache, daß die „amerikanischen Kreise“, von denen „Die Welt“ schreibt, die „Legalität“ der KPD prüfen, ist der beste Beweis dafür, daß die KPD auf dem richtigen Wege ist. Es kommt jetzt alles darauf an, daß jedes einzelne Mitglied der KPD sich mutig und entschlossen unter der Führung von Max Reimann an die Spitze des Kampfes um den Frieden, für die Herstellung der deutschen demokratischen Republik in ganz Deutschland und damit zugleich für die Erringung eines besseren Lebens für die gesamte schaffende Bevölkerung stellt und damit hilft, ein immer festeres Bündnis zwischen der Partei und allen Schichten der werktätigen Bevölkerung herzustellen. Dann wird der Frieden gesichert werden und die Nationale Front des demokratischen Deutschlands allen Schwierigkeiten zum Trotz siegen. I. H.

### Die Weltfriedensbewegung wächst von Tag zu Tag

Griechenland. Das Radio des Demokratischen Griechenland meldet, daß der Text des Appells von Stockholm kürzlich in den Straßen und Kinos von Athen verteilt wurde und Tausende von Unterschriften gesammelt worden sind.

USA. Die Friedenskonferenz der Gewerkschaften in New York hat einen Wettbewerb den Kämpfern für den Frieden in London vorgeschlagen. Das für die Stadt New York gesteckte Ziel sind 1.000.000 Unterschriften. Ebenso befindet sich die Stadt Glasgow in einem ähnlichen Wettbewerb mit dem New Yorker Stadtteil Brooklyn.

## Der Friedenskampf von Hamburg - ein Fanal für alle Deutschen

Hamburgs Hafenarbeiter haben allen Friedenskämpfern in Westdeutschland ein großartiges Beispiel gegeben. Am Holthusenkaai weigerten sich die Hafenarbeiter am Dienstag, Munition und Bomben von ausländischen Schiffen auf deutsche Eisenbahnwaggons zu verladen. Obwohl 41 Hafenarbeiter wegen ihrer mutigen Friedenstag von der Hafenverwaltung fristlos entlassen wurden, weigerte sich auch die Frührschicht am Mittwoch, Waffen für die Vorbereitung des amerikanischen Krieges in Europa zu löschen. Aus Solidarität mit den Hafenarbeitern am Holthusenkaai traten die Arbeiter zweier Vermittlungsstellen in den Streik.

Die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung sind wieder lebendig geworden. Hamburgs Hafenarbeiter haben getreu ihrer internationalen Verpflichtung, zu der sie sich auf der Bremer Hafenarbeiter-Konferenz nicht nur in Worten bekannteten, und im Interesse des ganzen deutschen Volkes gehandelt. Als mutige Patrioten haben sie sich geweigert, Handlangerdienste für den amerikanischen Krieg zu leisten, und mitzuhelfen, den Mord an der friedliebenden Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion vorzubereiten. Sie haben damit auch dem Appell Folge geleistet, den ihre Brüder in der Deutschen Demokratischen Republik auf einer Hafenarbeiter-Konferenz in Wismar an sie richteten.

Die Friedenstag der Hafenarbeiter am Holthusenkaai wurde von der übrigen Hamburger Bevölkerung kraftvoll unterstützt. Die Einwohner des Stadtteils Veddel, die durch das Löschen von Waffen ähnlichen Explosionskatastrophen ausgesetzt sind, wie sie sich in

Wilhelmsburg und Ludwigshafen ereigneten, brachten ihre Sympathie zum Ausdruck. Hamburger Frauen zogen in den Hafen und riefen den dort beschäftigten Hafenarbeitern zu: „Entladet keine Waffen, sie richten sich gegen euch selbst!“ In einer Belegschaftsversammlung wurde beschlossen, eine Branchenleitungssitzung einzuberufen, auf der ein Beschluß darüber gefaßt werden soll, für die gemäßregelten Kollegen einen Sympathiestreik zu führen und zu erreichen, daß auch die ständig beschäftigten Hafenarbeiter an ihm teilnehmen. In einer spontanen Geldsammelung wurden 210 DM gesammelt.

Die Friedenstag der Hamburger Hafenarbeiter ist die richtige Antwort auf den Beschluß der Bonner Marionettenregierung.

### Hände weg von Max Reimann!

„mit Genehmigung der militärischen Sicherheitsbehörden der Westmächte“, die Einfuhr von Geschossen, Gasen und Giftstoffen, Kriegsschiffen, Granaten, Torpedos, Minen, Panzern und Sprengstoffen nach Westdeutschland zuzulassen. Die Erfüllung der amerikanischen Kriegspolitik durch die Dollarmarionetten in Bonn droht das deutsche Volk in einen dritten Weltkrieg zu stürzen, dessen Folgen die Zerstörung dessen wären, was nach dem zweiten Weltkrieg von unseren schwer heimgesuchten Städten noch übrig blieb, und dessen Folgen die Ueberschwemmung des Rheintales und die Vernichtung von Millionen deutscher Menschen durch Atombomben wären. Die Pläne der Bonner Kriegsverwaltung können aber nicht verwirklicht werden, wenn die deutschen Hafenar-

beiter sich weigern, die todbringenden Frachten zu löschen, wenn die deutschen Eisenbahner sich weigern, Panzer und Kanonen zu transportieren und wenn die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen sich überall mit aller Entschlossenheit gegen den Mißbrauch ihrer Arbeitskraft zur Herstellung von Kriegsmaterial zur Wehr setzen.

Hamburgs Hafenarbeiter haben den Anfang gemacht. Sie haben allen Arbeitern in ganz Deutschland den Weg aufgezeigt, wie der Krieg und damit Tod und Vernichtung von unserem Volke ferngehalten werden kann.

Es ist jetzt die höchste und heiligste Pflicht aller friedliebenden Menschen in ganz Deutschland, vor allem der Arbeiter, die mutigen Patrioten in Hamburg mit brüderlicher Solidarität in ihrem Kampfe zu unterstützen. In allen Fabriken und Büros, in allen Städten und Dörfern, überall, wo deutsche Menschen zusammenkommen, muß von der mutigen Friedenstag von Hamburg gesprochen werden. Überall müssen die deutschen Menschen dazu aufgerufen werden, den Hamburger Hafenarbeitern nachzueifern und keinen Handschlag für den amerikanischen Krieg zu tun. Es ist die selbstverständliche Ehrenpflicht aller deutschen Patrioten, den Hamburger Hafenarbeitern auch materiell zu helfen und jede Not von den gemäßregelten Friedenskämpfern, von ihren Frauen und Kindern fernzuhalten.

Die Hamburger Friedenstag muß zu einem Fanal für alle Friedenskämpfer in Westdeutschland werden. Jetzt gilt es, noch mehr für den Frieden zu tun. Der Großsammlertag für die Sammlung von Unterschriften für das Verbot der Atombombe und die Verurteilung der Regierung als Kriegsverbrecher, die sie

## Bürgerversammlung gegen Immunitätsraub an Max Reimann

Bürgerversammlung in Nentershausen entsendet Delegierte zum Nationalkongreß

Nentershausen. (Volkskorr.) Die Aufhebung des Beschlusses des Bonner Bundestages, die Immunität Max Reimanns zu annullieren, um ihn der Klassenjustiz anzuliefern, rief scharfsten Protest in einer von etwa 200 Einwohnern besuchten Bürgerversammlung in Nentershausen hervor. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die die Aufhebung des Bonner Rechtsbruches fordert.

Die hessische und die Bonner Regierung wurden in einer weiteren Resolution aufgefordert, dem Notstandsgebiet Hilfe zukommen zu lassen. Zugleich verlangten die Nentershausener Einwohner, daß Wirtschaftsbeziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik angebahnt werden müssen. Die Bürgerversammlung stimmte dem Vorschlag zu, zwei Delegierte der Ortschaft zum Nationalkongreß am 25.-26. August nach Berlin zu entsenden.

Die wirtschaftliche Notlage in diesem Gebiet wird dadurch illustriert, daß Erz auf Halden gekippt wird, obwohl der Verhüttungssofen das Doppelte der Abstriche zuließe. Eine Schwerepatzabbaustelle unter Tage mit 15 Mann Belegschaft mußte erst jetzt wieder stillgelegt werden. Der der Versammlung beiwohnende Bürgermeister von Nentershausen erklärte, daß die Zuwendungen des hessischen Staates nicht ausreichen: Wenn keine weitere Hilfe eintröffe, werden die Arbeitslosen des Ortes den nächsten Winter kaum ertragen können.

Der Nationalkongreß wird den Nentershausener Einwohnern den Weg zeigen, wie auch die Menschen in diesem Notstandsgebiet Westdeutschlands wieder zu Arbeit und Wohlstand in Frieden gelangen können. Die

Bereitschaft dazu ist bei der Einwohnerschaft vorhanden.

### An der Seite Max Reimanns

Bielefeld. (EB) Der Arbeitskreis für die Einheit Deutschlands faßte auf einer gut besuchten Versammlung eine Resolution, in der gegen die Aufhebung der Immunität des Bundestagsabgeordneten Max Reimann energisch Protest erhoben wird.

„Herr Max Reimann, der tapere Kämpfer für den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes“, heißt es in der Resolution, „soll durch diesen un-demokratischen Beschluß bei der Erfüllung seiner Aufgaben als Vertreter der westdeutschen Bevölkerung behindert werden. Wir Bielefelder, die wir für die Einheit Deutschlands sind, fühlen uns mit Herrn Max Reimann als Deutschem verbunden, und fordern nachdrücklich die Aufhebung des Bundestagsbeschlusses, sowie die Wiederherstellung seiner Immunität.“

### Er wähle den Frieden

Der Prager Korrespondent des „Christian Science Monitor“ und des „Religions News Service“, Frank Stevens, hat in einem Brief an die rumänische Zeitung „Soaneta“ die kriegstreiberische Politik der Vereinigten Staaten aufgezeigt und den Wunsch ausgesprochen, in der rumänischen Volksrepublik zu bleiben. Wir entnehmen diesem Brief folgende Sätze:

„Für Frieden, Freiheit und Menschenwürde, für die Unabhängigkeit jedes Landes zu kämpfen, ist die Pflicht eines jeden aufgeklärten Bürgers. Wie Thomas Mann,

der bekannte Antifaschist und Kämpfer für den Frieden, sagte, ist diese Friedensidee nicht die Sache einer bestimmten politischen Orientierung. Jedes Herz, welches für die Menschheit schlägt, versteht, daß ein neuer Weltkrieg die endgültige Degradierung des Menschen bedeuten würde. Die Menschen müssen das Recht auf ein Leben in Ruhe und in der Sicherheit des morgigen Tages haben, ihrem Wunsche nach, Gott anzubeten und frei ihre eigene Regierung zu wählen.“

## „Selbst auf die Gefahr hin, geschlagen zu werden . . .“

Demonstration gegen amerikanischen Krieg mitten in New York

New York (EB.) Ein Ereignis von wahrhaft internationaler Bedeutung, das bei allen fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt die größte Beachtung fand, ist die Friedenskundgebung, die am 2. August auf dem Union Square in New York stattfand. Obwohl die Kundgebung im Widerspruch zur amerikanischen Verfassung verboten wurde und obwohl mehr als 1000 Polizisten aufgetrieben wurden, um sie mit brutaler Gewalt auseinanderzuschlagen, kamen 15.000 zum äußersten entschlossene Friedenskämpfer im Zentrum von New York zusammen und demonstrierten mit Plakaten, auf denen die Beendigung des Krieges in Korea verlangt wurde und mit denen die amerikanischen Bürger dazu aufgefordert wurden, ihre Haut nicht für die Bankiers der Wallstreet in Korea zu Markte zu tragen. Dutzende von Demonstranten, insbesondere Neger und Juden, wurden blutig ge-

schlagen. Eine besonders heroische Episode spielte sich an einem Laternenmast der 4th Avenue ab, auf den ein amerikanischer Seemann, ein Spanienkämpfer, als er von der Polizei verfolgt wurde, hinaufgeklettert war und über eine halbe Stunde lang für jedermann sichtbar ein Transparent hielt mit der Aufschrift „Kriegshetze, Negerhaß und Antisemitismus gehen Hand in Hand“. Als der mutige Friedenskämpfer schließlich heruntergezerrt wurde, wurde er so geschlagen, daß er wahrscheinlich ein Auge verlieren wird.

Das Organ der KP der USA, der „Daily Worker“ schreibt in einem Rückblick über diese großartige Demonstration: „Aufmerksame Amerikaner, ebenso wie die anständigen Leute überall werden nicht versäumen festzustellen, daß die New Yorker zu Tausenden sich nicht mit einer schweigsamen Annahme des sogenannten „unvermeidlichen Atomkrieges“ abfinden. Anständige Männer und Frauen, einschließlich Tausender von Soldaten aus dem zweiten Weltkrieg, bestanden darauf der Propaganda vom „unvermeidlichen Krieg“ selbst auf die Gefahr hin, geschlagen und verhaftet zu werden, ihr Nein entgegenzuschleudern. Sie sind zu sehr Patrioten, um es ertragen zu können, untätig zuzusehen, wie ihr Land Schritt für Schritt in die Schrecken des Atomkrieges hineingezogen wird. Wenn das ganze deutsche Volk und nicht nur die Kommunisten 1933 gegen die Nazis aufstanden wäre und der tolen Kriegshetze eines Hitlers und Goebbels sein Nein entgegengesetzt hätte, dann hätte es keinen zweiten Weltkrieg gegeben. Wenn jemals die Zeit dazu gekommen ist, daß sich jeder einzelne Amerikaner dafür entscheiden muß, daß sein Land nicht den Weg Deutschlands geht, dann ist sie jetzt gekommen. Wie bitter müßten wir es bereuen, wenn wir es jetzt versäumen würden, unsere Pflicht als Patrioten zu tun.“

Die Hamburger Hafenarbeiter haben durch die Verweigerung der Waffenverladungen auch bewiesen, daß sie die Ausführungen zu verstehen beginnen, die der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, in seinem Referat auf dem III. Parteitag der SED machte. Walter Ulbricht kündigte an, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf die Errichtung eines Hocheehafens an der Ostsee verzichten wird, weil sie der Ueberzeugung ist, daß die Zeit bald kommen wird, wo dem Außenhandel eines demokratischen Deutschlands wieder die Nordseehäfen zur Verfügung stehen werden. Die Verweigerung der Waffentransporte ist auch ein Schritt dazu, die Wiederherstellung der Einheit eines demokratischen Deutschlands zu beschleunigen, die Wiederherstellung eines Deutschlands, in dem jeder Bürger des Landes für den Frieden und damit auch für die Erhöhung seines eigenen Wohlstandes arbeiten kann.

Der Kampf für die Sicherung des Friedens und der Einheit eines demokratischen Deutschlands ist ein harter opferreicher Kampf. Je entschlossener und kühner er aber geführt wird, je breiter die Bewegung ist, die sich ihm anschließt, desto schneller und schmerzloser wird er siegreich beendet werden können. In diesem Sinne ist die Friedenstag von Hamburg eine große und mutige Tat, eine Tat, die alle friedliebenden Menschen in Deutschland anspornen muß. F. U.

## Malik entlarvt die Absicht der Imperialisten

Die Vertreter der Mehrheit in der UNO haben bewiesen, daß sie an der Schlichtung des amerikanischen Krieges in Korea nicht interessiert sind

Nachdem es den USA und der von ihnen abhängigen Mehrheit im Sicherheitsrat gelungen ist zu verhindern, daß die Sowjetvorschläge auf friedliche Beilegung des Korea-Konfliktes und um Aufnahme des Vertreters Volkschinas in die Vereinten Nationen auf die Tagesordnung gesetzt werden, versuchen sie, auch den Sowjetvorschlag zurückzuweisen, der darauf hinausläuft, Vertreter beider kriegführenden Parteien in Korea anzuhören.

Jeder Schlichter, der einen Streit schlichten will, muß beiden streitenden Parteien Gelegenheit geben, ihren Fall vorzutragen. Er kann sonst kein gerechtes, unparteiisches Urteil fällen. Dies ist die Auffassung jedes Menschen mit gesundem Menschenverstand. Bei anderen Entscheidungen, z. B. in der Palästina-Frage, hat der Sicherheitsrat diesem Gebot des gesunden Menschenverstandes auch entsprochen. Die Delegation der Sowjetunion forderte nichts anderes, als daß auch in der Frage Korea diese Selbstverständlichkeit eingehalten werden soll.

Die Vertreter der Mehrheit wollen aber die Vertretung des koreanischen Volkes ebensowenig hören, wie sie die Vertretung des chinesischen Volkes in den Sicherheitsrat einziehen lassen wollen. Sie versuchen daher unter allerlei fadenscheinigen Vorwänden, den auf dem gesunden Menschenverstand beruhenden Sowjetvorschlag abzulehnen. Sie haben damit vor der Weltöffentlichkeit gezeigt, daß sie kein Interesse an der Schlichtung des Krieges in Korea, sondern nur an seiner Fortsetzung und Verschärfung haben.

Am bequemsten machte es sich der USA-Delegierte Austin. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß der Sowjetvorschlag nicht zur Debatte stehen könne, weil am 25. Juni bereits eine Entscheidung getroffen wurde, nur die Vertretung von Südkorea anzuhören. Malik wies darauf hin, daß jede Entscheidung des Sicherheitsrates, die in Abwesenheit der Sowjetunion und der rechtmäßigen chinesischen Regierung getroffen wird, illegal ist, da die Charta der UN vorsieht, daß rechtsgültige Entscheidungen nur in Anwesenheit der ständigen Ratsmitglie-

der, der fünf Großmächte USA, Großbritannien, Frankreich, China und Sowjetunion, zustande kommen können. Er machte auch darauf aufmerksam, daß es keine ewig gültigen Entscheidungen geben kann.

Der Vertreter Ägyptens versiegte sich zu der Behauptung, es gebe keine von den Vereinten Nationen anerkannten nordkoreanischen Behörden, und es könnten infolgedessen auch keine solchen vor den Sicherheitsrat geladen werden. Malik konnte ihm nachweisen, daß der Generalsekretär der UN sich schon wiederholt an die „nordkoreanischen Behörden“ wandte, ihnen Telegramme schickte und auch Antworten erhielt. Durch Maliks klare Sprache in Verlegenheit gebracht, versuchte der ägyptische Delegierte, der Entscheidung auszuweichen, indem er einwandte, er wisse nicht, unter welcher Bezeichnung eine Einladung an die nordkoreanischen Behörden ergehen sollte. Malik wies treffend darauf hin, daß der Name nicht die Hauptsache ist, sondern daß es darauf ankommt, die beiden kriegführenden Lager, unter welcher Bezeichnung auch immer, an den Verhandlungstisch zu bringen, um den Konflikt so rasch als möglich friedlich beizulegen.

Der britische Delegierte versuchte sein Glück mit einem anderen Argument. Man könne es dem Sicherheitsrat nicht zumuten, Vertreter Nordkoreas anzuhören, da sich diese „in einen Zustand der Feindseligkeit“ mit den Vereinten Nationen gestellt hätten, weil sie dem Feuerinstellungsbehl des Rumpfsicherheitsrates nicht nachkamen. Malik zerschlug auch dieses Argument, indem er darauf hinwies, daß die Vertreter der koreanischen Volksrepublik nicht verpflichtet waren, diesem Befehl Beachtung zu schenken, da er ohne die Vertretung der Sowjetunion und Chinas zustande kam und daher illegal war. Ueberdies könne man von keiner Regierung verlangen, daß sie einem Befehl nachkäme, wenn sie noch nicht einmal vorher Gelegenheit erhielt, ihren Fall vorzutragen.

Die Tatsache, daß die imperialistischen Staaten noch nicht einmal auf einer einheitlichen Linie operierten und verschiedene fa-

denscheinige Vorwürfe benutzen, um zu versuchen, den Sowjetvorschlag zurückzuweisen, ist ein Ausdruck ihres schlechten Gewissens vor der Weltöffentlichkeit. Die Sowjetunion hat mit ihrem Vorschlag, Vertreter beider kriegführenden Parteien anzuhören, im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung gehandelt. Sie hat damit vor der Weltöffentlichkeit bewiesen, daß sie die Grundsätze der Vereinten Nationen verteidigt und daß sie die Kraft darstellt, die dafür eintritt, den Frieden in Korea wieder herzustellen und die Welt vor einer Ausweitung des amerikanischen Krieges zu bewahren. F. U.

## Pressestimmen

### Wallstreet fühlt sich beunruhigt

Die tiefen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des koreanischen Konfliktes verursachen einige beunruhigende Wandlungen im Denken, Reden und Handeln der Ruhrindustriellen. Der offenste Beweis ist ein etwas unerwarteter Aufschwung an industriellen Inseraten, die der einzigen kommunistischen Zeitung an der Ruhr, dem Düsselddorfer „Freien Volk“ in den letzten Tagen gegeben wurden. Es ist schwer zu glauben, daß eine kommunistische Zeitung ein wirklich wirksames Inseratmittel für industrielle Ausstattungsgegenstände von Industriefirmen ist. Die Zivilbevölkerung liegt daher nahe, daß die Eigentümer dieser Gesellschaften versuchen, sich eine Rückversicherung für den Fall eines Umschwungs in Europa zu verschaffen. „New York Herald Tribune“, 7. Aug. 1950

### Nicht angenehm daran zu denken, daß britisches Leben für Syngman Rhee geopfert werden soll

Aus diesem Krieg müssen wir auch politische Lehren ziehen. Er hat erneut die bejammernswerte Schwäche der westlichen politischen Waffen in Asien ans Tageslicht gebracht, jene Art von „Führern“, die die Spitzenvertreter der westlichen Demokratien darstellen: Syngman Rhee, Tschiang-kaischek, Bao Dai und gewisse Politiker, die noch näher an Tokio liegen. Dies sind Leute, die von

jenen Völkern verachtet werden, die sie ermuntern sollten. Es ist nicht angenehm, daran zu glauben, daß britische Menschenleben zur Unterstützung solcher Leute geopfert werden sollten . . .

Zu wenig Rechnung scheint der Wirkung getragen worden zu sein, die einige Handlungen in diesem Kriege auf das Herz und die Seele der Völker Asiens ausüben . . .

Es scheint aber, daß die Strategen dieses Krieges nicht daran gedacht haben, daß eine Handlung wie die Zerstörung einer nordkoreanischen Chemie-Fabrik die Sympathien Asiens rasch vom Westen ablenken könnte, (die Bombardierung der Zivilbevölkerung, die dem Prestige Amerikas noch mehr Abbruch tun, bleiben hier unerwähnt, d. Uebers.). Ob die Bombardierung dieser Fabrik das nordkoreanische Kriegspotential ernsthaft beeinflussen kann, ist eine Frage, die ein Laie nicht beantworten kann. Aber in ganz Südost-Asien muß die Zerstörung einer solchen Industrieanlage, die in diesem Gebiet so selten und so kostbar ist, ebensoviel Zorn hervorrufen, wie es die absichtliche Brandlegung eines Reismagazins tun würde. Kein Volk war gefühlvoller durch den Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki mehr aufgewühlt als die Chinesen, obwohl die Opfer ihre Feinde waren. Die empfindliche asiatische Seele ist etwas, was auch in der Hitze des Krieges studiert werden muß. „The Observer“, 6. Aug. 1950

### Was kann ich täglich für den Frieden tun?

Mannheim. Was ist das Hauptthema auf den Straßen, an den Plätzen, in den Geschäften und im Lokal beim Kartenspiel und der abendlichen Unterhaltung? Der amerikanische Krieg in Korea, der „kommende Krieg“, die Kriegsgefahr überhaupt — das bewegt die Menschen aller Schichten, Stände, Berufsgruppen, Parteien und Religionen. Diese ständige Kriegsgefahr findet ihren Ausdruck in der Angst, die manchmal durch gute und schlechte Witze überbrückt wird, eine Angst, die das Resultat einer bewußt geschürten Psychose ist.

An diesen Gesprächen muß sich der Friedensfreund beteiligen und unermüdet darauf hinweisen, daß der Krieg nicht „unvermeidlich“ oder ein „Naturgesetz“ ist, daß die Deutschen bei einem Krieg durchaus nichts gewinnen, sondern das Letzte verlieren werden. Er muß klar machen, daß keiner sich dem Friedenskampf entziehen darf, daß der Krieg stets von Menschen entfesselt und daher auch von Menschen verhindert werden kann und so wenig ein Dornbusch Rosen trägt, ebensowenig die Imperialisten auf das Kriegsabenteuer als letzten Ausweg verzichten werden. Der Friedensfreund muß weiter darauf hinweisen, daß die in den Stockholmer Beschlüssen geforderte Achtung der Atombombe nicht nur eine schöne Forderung von Idealisten ist, sondern daß die Anwendung der Atombombe kraft des Willens der Millionen in der Friedensfront diese Regierung, die den Befehl dazu gibt, auf einen Weg bringt, der zu den Galgen von Nürnberg führt.

Die Listen für die Unterschriften trägt jeder Friedensfreund bei sich, denn jede Unterschrift unter den Beschlüssen von Stockholm macht nach den Worten Otto Grotewohls eine Unterschrift unter dem Kriegspakt der Atlantikstaaten zunichte.

## Jugend beispielgebend im Friedenskampf

1690 Unterschriften an einem Tag gesammelt

Am Tag von Hiroshima, während des Treffens in Heilbronn, sammelten die Angehörigen der Freien Deutschen Jugend aus Stuttgart, Heilbronn und Backnang 1226 Unterschriften zur Achtung der Atombombe. In Göppingen sammelten FDJler am gleichen Tag 464 Unterschriften. Ein Ergebnis, auf das die jungen Friedenskämpfer stolz sein können.

Schon vor der Abfahrt zum Hiroshima-Treffen begann auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof die Sammelaktion. In Gruppen standen die Menschen um die jungen Friedensfreunde in ihren leuchtenden blauen Hemden. Manche gehässige Bemerkung mußten sie über sich ergehen lassen. Trotzdem erwiderten sie ruhig die Argumente, die zu provozieren versuchten. Als sich der Zug in Richtung Heilbronn in Bewegung setzte, waren sie wieder um einige Erfahrungen reicher.

Während der Demonstration und der Umgebung in Heilbronn ging die Aktion weiter. Unbeeinträchtigt arbeiteten die jungen Friedenskämpfer in dem Bewußtsein, daß die Unterschriftensammlung heute der wichtigste Beitrag im Kampf um den Frieden ist. Nicht allein deshalb, weil Millionen von Menschen auf der ganzen Welt ihren Namen unter den Appell von Stockholm setzen, sondern auch deshalb, weil durch die Diskussionen, die bei der Unterschriftensammlung unwillkürlich entstehen, in den Menschen das Bewußtsein geweckt wird, daß eine große Gemeinschaft von friedliebenden Menschen in der Lage ist, einen kommenden Krieg zu verhindern. Durch die Diskussionen werden die Menschen aufgerüttelt. Sie erkennen, daß sie etwas gegen die Kriegs-

vorbereitungen tun müssen, wenn sie ihr Leben und das ihrer Kinder schützen wollen.

Diese Erfahrung haben die Freunde aus der FDJ bei ihren bisherigen Unterschriftensammlungen gemacht. Sie sind sich dessen gewiß, daß ihr mutiger Friedenskampf die Sympathie und die Unterstützung immer breiterer Volkskreise findet. Sie werden deshalb weiterhin unbeirrt für den Frieden arbeiten und alles daransetzen, daß auch die Unterschriftensammlung am kommenden Wochenende, die zu Ehren des toten Landesvorsitzenden der FDJ, Heinz Musolf, im ganzen Land durchgeführt wird, ein voller Erfolg wird. Damit leisten sie gleichzeitig ihren Beitrag zum großen Sammeltag von Friedensunterschriften, der in ganz Westdeutschland eine erneute Stärkung der Friedensfront herbeiführen wird.

### Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD, Kreis Mannheim

Die gesamte Parteioorganisation Mannheim-Stadt beteiligt sich am Sonntag, den 13. 8. im Stadteil Schwetzingenstadt an der Groß-Sammelaktion für den Frieden. Treffpunkt: Sonntag, 9.30 Uhr im Lokal „Willig“, Amerikanerstraße 11. Dort erfolgt durch die Stadtleitung die Einteilung. Die Sammelergebnisse sind nach Schluß der Aktion im selben Lokal wieder abzugeben.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg  
Heidelberg-Handschuhsheim. Freitag, den 11. August 20 Uhr, Mitgliederversammlung.  
Eberbach, Freitag, den 11. August, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.  
Ziegelhausen, Freitag, 11. August, 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Versammlungstermine der KPD Karlsruhe  
11. 8. 1950: Öffentliche Versammlung in der „Walhalla“ (Südstadt, Augartenstraße) Referent: Bundestagsabgeordneter Kohl, Beginn 20 Uhr.

13. 8. 1950: Öffentliche Versammlung, Stadteil Daxlanden in der „Sonne“. Referent Landtagsabgeordneter R. Klausmann. Beginn 20 Uhr.

14. 8. 1950: Pol- und Orgleistersitzung der Stadteile und Ortsgruppen um 18 Uhr im Parteibüro

15. 8. 1950: Funktionärerversammlung des Stadteils Durlach um 20 Uhr im „Tannhäuser“.

DFD  
Demokratische Frauenbund Deutschlands Heidelberg

Am Freitag, den 11. 8. 1950, findet abends um 20 Uhr im Saal des Gewerkschaftshauses, Rohrbacherstraße 13-15, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Bundesfreundinnen ist daher dringend notwendig.

Unserem toten Freund Heinz Musolf zu Ehren!  
Mittellung der FDJ

Die Landesvorstände der Freien Deutschen Jugend in Württemberg-Baden und Südbaden haben alle Mitglieder der FDJ zu Ehren unseres toten Landesvorsitzenden Heinz Musolf für das kommende Wochenende zu einem großen Heinz-Musolf-Aufgebot aufgerufen. Im Gedenken an das Vorbild Heinz Musolfs werden am kommenden Wochenende in einem Kampftag Hunderte von Freunden an die Sammlung neuer Unterschriften für den Frieden, an die Werbung von Teilnehmern für das Friedentreffen der Jugend herangeführt.

Jeder, der unseren toten Freund und Kampfgefährten Heinz Musolf achtet und ehrt, nimmt am kommenden Wochenende teil. Im Kreis Mannheim treffen sich alle Freunde am Samstagnachmittag zur Unterschriftensammlung in den Gruppengebieten. Die Gruppenleitungen geben sofort die Treffpunkte bekannt. Alle Freunde informieren sich selbst über den Treff bei ihrem Gruppenleiter.

Am Sonntag trifft sich der gesamte Kreisverband im Gedenken an unseren Heinz um 13.30 Uhr an der Luzenberg-Schule in Mannheim. In einer kleinen Feier werden wir seine Verdienste würdigen. Außerdem ist eine kurze Mitgliederschulung und ein gemeinsames Baden vorgesehen. Also Badeanzug, blaue Blusen und Fahnen nicht vergessen!

## Sind 30 Prozent der Mannheimer Erwerbslosen asoziale Elemente?

Zum Elend noch die Beleidigung aus Herrn Kuhns Munde

Mannheim. „Die Entwicklung der Beschäftigten-, Arbeitslosen- und Unterstützungsempfängerzahlen zeigt weiterhin eine günstige Tendenz“, orakelte der Leiter des Arbeitsamtes und Verfechter der Theorie der „saisonbedingten Arbeitslosigkeit“, Direktor Kuhn. Diese „günstige Tendenz“ drückt sich in der Arbeitsamtsbilanz vom Ende Juli 1950 aus, die eine Arbeitslosenziffer von „nur“ 6192 aufweist. Dazu kommen 803 noch im Beschäftigungsverhältnis stehende Arbeitssuchende hinzu. Um die „günstige Tendenz“ in noch erfreulicherem Lichte darzustellen, wies Herr Kuhn darauf hin, daß der Hundertsatz der Mannheimer Arbeitslosigkeit (4,3 Prozent) unter dem des Bundesgebietes liege (9,2 Prozent), war aber nach diesem Luftsprung zu einem Rückwärtssalto gezwungen, indem er einräumte, daß dieser Prozentsatz höher liegt als der im gesamten Württemberg.

sind über 2000 Arbeitslose, die bei den bekannten fürstlichen Unterstützungssätzen aus der Arbeitslosenversicherung dem Nichtstun frönen — weil es so schön ist, bei den „billigen“ Mieten und „niedrigen“ Lebensmittelpreisen in Westdeutschland.

Der Landtagsabgeordnete Kuhn, für seine arbeiter- und jugendfeindliche Politik in Mannheim bereits in „bestem Ansehen“, weiß, was er sagt. Wenn er das noch dazu in einer Pressekonferenz äußert, bekommen diese Worte einen öffentlichen Charakter und diese Beleidigung von Unglücklichen,

auf denen Herr Kuhn ungestraft herumtrampelt, eine öffentliche Beleidigung, die der kritische Spießer schluckt, die aber die dadurch diffamierten Arbeitslosen sich auf gar keinen Fall gefallen lassen dürfen. Die Bildung von Erwerbslosenausschüssen muß auch in Mannheim in die Tat umgesetzt werden, um den bisher wehlosen Opfern der marshallisierten, kolonisierten Wirtschaft in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eine organisierte Kraft zu geben, die solche Verhöhnungen für die Zukunft unmöglich macht.

## Weil sie Deutschlands Freiheit wollen — wirft man sie ins Gefängnis

Amerikanisches Militärgericht verurteilt zwei junge Friedenskämpfer zu je vier Monaten Gefängnis

Karlsruhe. Indem die beiden Jugendfreunde R. Kastner und A. Kästel in verschiedenen Straßen Karlsruhes mit weißer Farbe den Besatzungsmächten empfahlen, Deutschland möglichst bald zu räumen, sollen sie sich laut Anklageschrift des Amerikanischen Gerichtes (gemäß Artikel soundso des Gesetzes der Petersberger Hohen Kommissare) einer feindseligen Handlung gegen die Besatzungsmacht schuldig gemacht haben.

litärregierung gekommen war. Er selbst habe die Sache nur der hiesigen Rechtsstelle (Stadtverwaltung) gemeldet. Die Angelegenheit schien ihm ziemlich peinlich gewesen zu sein, denn nur auf Grund seiner Zusage, daß der Militärregierung keine Mitteilung gemacht werde, waren die beiden Freunde von Anfang an geständig.

Ein Polizeiwachmeister, den der Richter fragte, ob er denn aus den Parolen nicht habe entnehmen können, daß sie gegen die Besatzungsmacht gerichtet seien, antwortet: „Das kann ich nicht sagen“. Der politische Inhalt habe ihn auch gar nicht interessiert, er habe lediglich die Anweisungen erhalten, Verurteilungen der Straßen zu verhindern.

In der weiteren Verhandlung kam das Gericht dann doch zu der grandiosen Entdeckung, daß das eine Jugendorganisation mit der Bezeichnung „FDJ“ bestehe, die zur Zeit eine große Kampagne gegen den Krieg und die Atombombe führe. Gleichfalls mußte zur Kenntnis genommen werden, daß die beiden weder in „fremden Auftrag“ noch gegen Bezahlung ihre Aktion durchgeführt haben.

Das Gericht verurteilte die Jugendfreunde zu je 4 Monaten Gefängnis. Als Rechtfertigung gewissermaßen ließ der Richter noch einen politisch gefärbten Kommentar verdolmetschen. Die Handlung bezeichnete er als „niedrig“ und „gemein“. Ueberflüssigerweise konstatierte er dann, daß die Amerikaner weiterhin in Deutschland bleiben würden, umso mehr, als ja viele „verantwortungsbeußte Deutsche“ das wünschten. (Offensichtlich meinte er dabei die Adenauer-Regierung und den Bonner reaktionären Klüngel).

Bei der Verhandlung am 8. August im Gebäude der hiesigen Militärregierung, zu der sich beide Freunde ohne Verteidiger einfanden, wurde dann die „Feindseligkeit“ in „sachswidrig“ umgeändert. Beide hatten zuvor erklärt, daß sie in ihrer Handlung keinen feindseligen Akt erblickt hatten, sondern lediglich ihrem sehnlichen Wunsche (sicherlich auch dem weiter Kreise unserer Bevölkerung, d. Red.) Ausdruck verliehen hätten.

Der Kriminalbeamte Erb, der die ersten „Ermittlungen“ führte, konnte sich nicht erklären, wie der Bericht überhaupt an die Mi-

### Neue Geschäfte in P 1

Mannheim. Gestern wurden in P 1 5 neue unter der Leitung von Herrn Architekt Löb erstellte Geschäftshäuser eröffnet. Bei diesen Geschäften, mit Ausnahme von einem, handelt es sich um alteingesessene Mannheimer Firmen.

Anschließend geben wir unseren Lesern einige Daten dieser Firmen: Das Fachgeschäft für Jagd- und Sportwaffen Frauenstorf, das sich auch mit Angelsportgeräten Hundesportartikeln und Stahlwaren vorstellt ist ein altbekanntes und anerkanntes Spezialgeschäft in Mannheim und seit dem Jahre 1905 ein Begriff. Daneben baut sich das Spezialgeschäft für Spitzen- und Modewaren, Borten, früher unter dem Namen Spitzen-Baum in D 1 bekannt, auf. Das anschließende Fachgeschäft für Damenhüte, Hut-Knobel, war einmal in den Planken ansässig gewesen. Das Obst- und Gemüsegeschäft Krumbiegel ist ebenfalls kein unbekannter Name und verkaufte in früheren Jahren bereits am selben Platz. Die Firma Georg Beier (Umsiedler) eröffnet als Fachgeschäft für das solide Mittelgenre in Damenbekleidung. G. Beier war bisher im Bunker am Meßplatz für Preiswürdigkeit und Güte bekannt gewesen.

Sämtliche angeführten Firmen sind entweder total ausgebombt gewesen oder durch sonstige Kriegseinwirkungen ihres früheren Geschäftes verlustig gegangen.

### Streifzug durch die Gerichte

Heiratsschwindler erlangt „Interessenagentur Heidelberg“

Heidelberg. Ein dreißigjähriger Mann aus Neuulheim wurde am Dienstag vom Heidelberger Schöffengericht wegen Betrugs zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Vom Gerichtsvorsitzenden wurde bei der Urteilsverkündung darauf hingewiesen, daß die Straftaten des Angeklagten vom Gericht als „besonders verabscheuungswürdig“ angesehen würden und der Angeklagte seine verhältnismäßig geringe Strafe nur dem Umstand verdanke, daß er bisher noch nicht vorbestraft gewesen sei.

Der Verurteilte hatte zu Beginn dieses Jahres in verschiedenen deutschen Zeitungen Heiratserklärungen gegeben, daß ein in der Schweiz lebender Arzt einer „liebvollen, lebenslustigen Dame“ die Ehefrau ermöglichen wolle. Den rund dreihundert Frauen, die sich auf dieses Angebot meldeten, schickte er Briefe, als deren Absender er den Phantasienamen „Humanic intern. Interessenagentur Heidelberg“ angab. In den Briefen wurde zu verstehen gegeben, daß der „Auftraggeber“, eben dieser Schweizer Arzt, eine von der „Interessenagentur“ beglaubigte Information über die heiratlustige Dame wünsche. In einem Nachsatz wurde um die umgehende Uebersendung von 12.96 DM für entstehende Unkosten gebeten. Nachdem 24 Frauen auf den Trick hereingefallen waren, konnte der Schwindel aufgedeckt werden.

Damit war jedoch das Sündenregister des Heiratsschwindlers noch nicht erschöpft. Er hatte sich noch dafür zu verantworten, daß er in den Jahren 1948 und 1949 mehrere Monate lang mit einer um 17 Jahre älteren verheirateten Frau aus München, die bevor sie ihrem Mann davongelaufen war, diesem 8200 DM gestohlen hatte, in Neuulheim zusammengelebt hatte. Obwohl in diesem Falle der Tatbestand des Heiratsschwindlers nicht erwiesen werden konnte, so stand nach Ansicht des Gerichts doch fest, daß der Angeklagte, der während der ganzen Zeit des Zusammenlebens mit der Frau keiner geregelten Beschäftigung nachgegangen war, von dem gestohlenen Geld gelebt und sich somit der Hehlerei schuldig gemacht hatte.

### Jugendliche Diebesbande vor Gericht

Mannheim. Das Mannheimer Schöffengericht verurteilte am Mittwoch vier Jugendliche wegen schweren Diebstahls zu Gefängnisstrafen zwischen vier und sechs Monaten. Die Angeklagten, zwei Jungen und zwei Mädchen, hatten in Braunschweig, Kassel, im Kreis Hameln, in Frankfurt a. M., Darmstadt und in Weimeln schwere Diebstähle begangen.

Sämtliche Verurteilte, die nicht vorbestraft waren, stehen im 18. Lebensjahr.

### Wo kaufe ich meine Rauchwaren?

Im Zigarrenhaus Kolb  
Mannheim-Luzernberg, Untere Riedstr. 10

Täglich frischen süßen Apfelmost aus Großkultivier Nisk  
Ladenverkauf Gartenfeldstraße 41

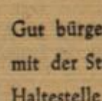
### Heidelberg

Als Ausflugsziel im Neckartal empfiehlt sich:

Café und Restaurant

„ZUM BÄRENBACH“

Inhaber H. Borlein Ziegelhausen



Gut bürgerliche Küche - Weine - Kuchen - Kaffee - Zu erreichen mit der Straßenbahn von Heidelberg, Haltestelle Schlierbach oder Haltestelle Orthopädisch: Klinik, dann Bootsüberfahrt Neckar

### Erfolgreiche Werbung

durch das „Badische Volksecho“

**Nur noch 2 Tage**  
**Sommerschlußverkauf**

Stoffreste 4 m Stck. . . . . ab 3.50  
nochmals Samba-Röcke . . . . . 3.95  
Sport-Sacco . . . . . 35.-

Gute Damenkleider, Damenmäntel, Herren-Anzüge und Herren-Mäntel **äußerst herabgesetzt!**  
Möbel aller Art sowie gute Bekleidung auf **Teilzahlung**

**MÖTEX** Möbel- u. Textilhaus  
MANNHEIM Inh. August Klein  
Mannheim P 6, 26 1. Etage (Pionierhof) Tel. 407 62  
Möbellager und Werkstätte  
Erlenstraße 2, b. Humboldtschule Telefon 520 90

## Was kann ich täglich für den Frieden tun?

Bei der Unterschriftensammlung zur Aechtung der Atombombe kamen junge Friedenskämpfer aus Wertheim zu den 85jährigen Witwe Luise Böhringer. Mit den Worten: „Tut nur ja alles und setzt Euch dafür ein, daß wir nicht noch einmal einen Krieg erleben müssen!“ zeichnete sie sich in die Unterschriftenliste zur Aechtung der Atombombe ein. Schon drei Kriege habe sie erlebt und jeder war grausamer als der vorhergehende. Zu den Kriegsvorbereitungen der anglo-amerikanischen Imperialisten meinte sie: „Was geht denn die Amis Deutschland an, die haben in Europa doch nichts zu suchen, die wollen uns nur Unfrieden stiften und kaputt machen, die sollen heim!“

### Sammler gesucht

Nach einer lwb-Meldung frönt Präsident Truman einer Leidenschaft. Er sammelt alte Pistolen. Wie es in der Meldung weiter heißt, konnte sich Truman nach Bekanntwerden dieses „Hobby“ kaum mehr der vielen Waffen erwehren, die ihm ins Haus geschickt wurden.

Vielleicht könnte sich das amerikanische Kriegsministerium entschließen, die Waffen-transporte nach den westlichen Ländern ins Weiße Haus umleiten zu lassen, womit sowohl dem Sammlerinteresse des Präsidenten als auch uns gedient wäre. Noch schöner wäre es, wenn sich in Amerika auch noch ein einflußreicher Sammler für unerwünschte Besatzungssoldaten finden würde.

### Demnächst auch noch Mittagsappell

Der Landrat des Kreises Pforzheim, Rich. Dissinger, nahm einem dpa-Vertreter gegenüber zu einer Meldung Stellung, wonach er das Tragen kurzer Hosen im Amt verboten haben soll. Dissinger erklärte, in die Hausordnung sei lediglich ein Absatz aufgenommen worden, in dem es heißt: „Shorts gehören in die Sommerfrische.“

### Wer stiehlt besser — Diebe oder Polizisten?

Die Aschaffener Kriminalpolizei läßt gegenwärtig ihre Beamten auf Probe stehlen, um einen wirksamen Feldzug gegen Taschendiebe einzuleiten. Die Kriminalisten zeigen den Hausfrauen auf den Märkten und belebten Straßen, wie leicht es ist, Geldbörsen aus Einkaufstaschen zu entwenden. Ein Kriminalpolizist konnte auf dem Wochenmarkt innerhalb einer halben Stunde zehn Geldbörsen stehlen.

### Bei ihm selbst hat es geklappt

Stanley Ridding hatte einen leidenschaftlichen Ehrgeiz: er wollte Henker werden. Der Gedanke an diesen Beruf ließ ihn nicht mehr los. Er stellte sogar einen kleinen Modellgaleen mit einem Modell-Delinquenten her. Diese seltsame Leidenschaft wurde bekannt als Ridding an einem Dachbalken mit einem Seil aufgehängt gefunden worden war. Mit einem weiteren Stück Seil waren seine Handgelenke hinter dem Rücken zusammengebunden. In der Nähe des Erhängten stak in einer Holzbank ein Messer, mit dem Ridding sich vermutlich im letzten Augenblick losgeschnitten wollte.

Bitte ausschneiden und unterschrieben an die Redaktion einsenden!

## Der Appell von Stockholm

Wir fordern das vorbehaltlose Verbot der Atomwaffe als einer Waffe der Aggression und der Massenvernichtung von Menschen.

Wir fordern die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle über die Durchführung dieses Beschlusses.

Wir sind der Ansicht, daß die Regierung, die als erste die Atomwaffe gegen irgendein Land benutzt, ein Verbrechen gegen die Menschheit begeht und als Kriegsverbrecher zu behandeln ist.

Wir rufen alle Menschen in der Welt, die guten Willens sind, diesen Appell zu unterzeichnen.

Name:

Beruf:



## Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN  
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

80. Fortsetzung

„Vor sechs Tagen haben wir die Siedlung verlassen, da war alles beim Alten“, sagte Tygrena ruhig, aber in ihrer Stimme schwang neuer Mut. „Niemand weiß, woher diese hölzernen Jaranga kommen.“

Die Hunde rasten im Galopp zur Siedlung. Den Treiber Waamtscho ließen sie weit hinter sich. Eine Schaumwelle brodelte im Kielwasser der Baidara.

Auf der Schwelle des neuen Hauses stand ein hochgewachsener, blattnarbiger Bursche in russischer Kleidung und hielt Ausschau nach der sich nähernden Baidara. Er zog an einer Pfeife; in der klaren, durchsichtigen Luft kräuselte sich der Rauch. Das war der Lehrer Dworik.

Immer seltener zeigte sich die Sonne. Sie ertrank im Nebel und versteckte sich hinter weißen Regenwolken. Die Tage wurden immer kürzer. Bald brach der Winter herein. Es war Ende September, aber schon lag Schnee auf der Erde... So zeitig hatten die eben angekommenen Mitarbeiter des Revolutionskomitees noch niemals den Winter erlebt. Sie sahen über

## Keine wesentliche Entspannung des Arbeitsmarktes

Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung im Westen

Fünfjahresplan der DDR schafft Hunderttausenden neue Arbeitsplätze

Heidelberg. Die monatlichen Berichte der Arbeitsämter zu verfolgen und die Schwankungen der Arbeitslosenziffern zu registrieren, kommt fast der Tätigkeit eines Arztes gleich, der mit Sorge die Fieberkurve eines Schwerkranken verfolgt, bei dem das Absinken des Fiebers um einen Teilstrich vielleicht eine kleine Beruhigung, aber keinesfalls das Gefühl der überstandenen Krise des Patienten auslösen kann. Ähnlich ergeht es all den Stellen, deren Aufgabe es ist, die Schwankungen am Arbeitsmarkt zu beobachten und festzuhalten, doch haben diese es weit schwerer als ein Arzt, der zwar auch den Angehörigen eines Kranken und dem Kranken selbst Hoffnung macht, denn sie müssen mit Hilfe der Kolonialpresse Millionen Menschen in Westdeutschland das Märchen von der Gesundung und vom Aufstieg glaubhaft machen. Jede kleine Rückläufigkeit der Arbeitslosenziffer wird zu einem großen Heilungserfolg gestempelt, nur die wirklichen Hintergründe dieses „Erfolges“ werden nicht genannt.

So nimmt es nicht wunder, wenn sich gewisse Kreise im Heidelberger Bezirk darüber nicht genug tun können, daß in ihrem Bereich zum ersten Mal in diesem Jahr die Arbeitslosenzahl unter die 10 000-Grenze gesunken ist. Aber es gab im Monat Juli, von dem berichtet wird, 341 Einstellungen für Notstandsarbeiten, die zweifellos maßgebend an der „Rückläufigkeit“ beteiligt waren. Doch bleibt trotzdem die Tatsache, daß die Zahl der ohne Beschäftigung stehenden Leute des Bauberufes, die mit 1218 an zweiter Stelle nach den Hilfsberufen der Stoffherstellung kommt, für diese Jahreszeit immer noch erstaunlich hoch ist. Auch bei den Tabakarbeitern gibt es immer noch 340 Männer und Frauen ohne Arbeit.

Man darf sich also daher nicht durch solche kleinen Schwankungen täuschen lassen, sondern muß die Weiterentwicklung sehen und dabei bleibt die Frage nicht nur offen, sondern kann eine Antwort erhalten, wenn man angesichts der Kenntnis von der Gestaltung der Wirtschaft in Westdeutschland nach dem Wie und Was der nächsten Monate fragt. Trotz mancher in Aussicht stehenden Aufträge droht für viele in etwa zwei Monaten - wie man sagt, aus Saisonsgründen - die Entlassung.

Ist es nicht ein trauriges Los, das unsere arbeitenden Menschen tagtäglich mit der Frage quält: Wann und für wie lange werde ich wieder arbeitslos? Ist es angesichts des neuen Fünfjahresplanes der DDR, bei dem Hunderttausende Arbeitskräfte dringend gebraucht werden, nicht ein Verbrechen, wenn die Millionäreregierung in Bonn dem deutschen Volk hier im Westen die Lebensmöglichkeiten vorenthält, die in der DDR mehr und mehr entwickelt werden und dort allen Menschen Arbeit und Brot schaffen. Und ist es nicht paradox, wenn einerseits in der Propaganda dauernd von der Notwendigkeit des Wohnungsbaues gesprochen wird, andererseits aber Bauarbeiter arbeitslos sind und schließlich noch in Arbeitsmarktberichten

davon gesprochen wird, daß es auf diesem Sektor an Nachwuchs fehle?

Dabei erklären sich viele Betriebe einfach nicht bereit, eine größere Anzahl von Lehrlingen einzustellen, obwohl doch gerade hierfür viele Jugendliche, die jetzt auf der Straße verkommen müssen, die Möglichkeit geschaffen werden könnte, wieder ein Lebensziel und festen Boden unter die Füße zu bekommen. Wie anders das Leben und die Möglichkeiten der Jugend in der DDR, wo den jungen Menschen alle Wege geöffnet werden, die Berufe zu erlernen, die ihrer Veranlagung und ihrem Wunsch entsprechen. Dort hat die Jugend eine Zukunft, hier ist sie gezwungen zu feiern.

Wie wenig auch für die Schwerbeschädigten getan wird, geht ebenfalls aus dem Bericht des Arbeitsamtes Heidelberg hervor. Zwar hat die Gesamtzahl der Arbeitslosen aus den von uns schon angeführten Gründen leicht abgenommen, nicht aber die der arbeitslosen Schwerbeschädigten. Trotz nachdrücklichen Außendienstes, der vom Arbeitsamt durchgeführt wurde, war es nicht möglich, das im Juni erzielte Arbeitsvermittlungsergebnis einen Monat später wieder zu erreichen. Als Grund dafür wird das geplante Bundes - Schwerbeschädigtengesetz,

das nur ein Einstellungsoll von 5 v. H. (!) vorsehe, angegeben. Das ist also die wirkliche Hilfe für die Schwerbeschädigten, und es wird allerhöchste Zeit, daß diese sich mit geschlossener Kraft dagegen zur Wehr setzen.

Aber allen Arbeitslosen muß es von Monat zu Monat klarer werden, daß ein passives Dulden der Zustände ihre Aussichten auf Existenz immer mehr verschlechtert. In allen Orten müssen darum Arbeitslosenausschüsse gebildet werden, die in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten aller Betriebe stehen, um ihre Rechte und Ansprüche in organisierter Kraft durchsetzen zu können. Nur wenn alle zusammenstehen, können volksfeindliche Maßnahmen, wie sie die Millionäreregierung in Bonn ständig plant und durchzuführen versucht, wirksam verhindert werden.

Auch nur so kann der teuflische Plan, durch jahrelange Arbeitslosigkeit die Menschen reif für Rüstungsarbeiten und Landknechtsdienste zu machen, zerschlagen werden, denn der geschlossene Kampf aller arbeitenden und arbeitslos gemachten Menschen in der Friedensfront wird den Kriegstreibern ihr mörderisches Handwerk legen. -k-

## Neckarau schlug Phönix Ludwigshafen

Phönix Ludwigshafen - VfL Neckarau 1:2

In einem Spiel am Mittwoch im Ludwigshafener Rheinstadion konnte der VfL Neckarau gegen ein starkes Aufgebot von Phönix Ludwigshafen einen bemerkenswerten Sieg von 2:1 erringen. Die Ludwigshafener traten bis auf Lipponer, über dessen Spielberechtigung noch keine Entscheidung gefällt ist, in stärker Besetzung mit ihren Neuzugängen an. Die Neckarau hinterließen in Ludwigshafen einen recht günstigen Eindruck und zeigten einen gepflegten Fußballstil. Das Führungstor der Ludwigshafener nach einem Fernschuß des Läufers Büttner gleich der VfL bereits nach wenigen Minuten durch Balogh aus, der ein gutes Zuspiel von K. Gramming benutzte. Nach der Pause nahm der VfL Auswechslungen in der Aufstellung vor und Phönix drängte einige Zeit hindurch. Mit etwas Glück überstand der VfL diese Drangperiode des Gegners und 10 Minuten vor Schluß drückte Preschle eine schlecht abgewehrte Flanke Breunings zum Siegestreffer ein.

### Weitere Fußball-Wochenspiele

St. Pauli schlug VfB Mühlburg 3:1  
In einem kampfbetonten, gehaltvollen Fußball-Freundschaftsspiel blieb der FC St. Pauli am Mittwochabend in Hamburg über den süddeutschen Oberligavertreter VfB Mühlburg vor 12 000 Zuschauern mit 3:1 siegreich. Die Süddeutschen mit ihren Neuzugängen Buhtz und Trenkel waren im Felde zwar gleichwertig, vermochten sich jedoch gegen die gute Hamburger Abwehr nicht durchzusetzen. Beim Stande von 2:0 erzielte der Halbrechte Rastetter den Mühlburger Ehrentreffer. St. Pauli spielte erstmalig mit dem Ex-Nürnbergger Gebhard als linker Läufer. Die Tore für Hamburg schossen Haß, Boller (Elfmeter) und Beck.

### Fußball während der Woche

Vor 20 000 Zuschauern schlug die Fußballer Roter Stern Belgrad den Berliner Meister Tennis/Borussia 4:2. Allgemein wurden die hohe Ballkultur und die große Schnelligkeit der Gäste hervorgehoben.

### Weitere Ergebnisse:

FC St. Pauli - VfB Mühlburg	3:1
Phönix Ludwigshafen - VfL Neckarau	1:2
Kickers Offenbach - Eintracht Wetzlar	5:1
Eintracht Frankfurt - FC Hanau 93	6:0
TuS Neuendorf - Wacker Wien	2:2
Oynhausen - 1. FC Kaiserslautern	2:9

### Kürzung des Spielhonorars für Kickers Offenbach

Die CDU-Fraktion des Erbacher Gemeinderates verlangt in einem Dringlichkeitsantrag eine Kürzung des den Offenbacher Kickers für das Fußballspiel gegen VfR Mannheim zugesagten Spielhonorars von 2500 DM um 1000 DM. Außerdem solle die Mannschaft von weiteren Oberligaspielen ausgeschlossen werden. Dieser Antrag wird mit vertragswidriger Mannschaftsaufstellung, äußerst schwacher Leistung und der dadurch bedingten „Schädigung“ Erbachs begründet.

### Oberliga Rheinland-Pfalz beginnt am 27. August

In der Spielausschussitzung des Fußballverbandes Rheinland-Pfalz wurde der 27. August als Termin für den Beginn der Meisterschaftsserie der Oberliga festgesetzt.

### Europameisterschaften der Leichtathleten

Sowjetische Leichtathleten bereiten sich auf Brüssel vor

Nach den ersten vorliegenden Informationen bereiten sich die sowjetischen Leichtathleten intensiv auf die Europameisterschaften in Brüssel vor, die am 23. August beginnen. In internationalen Leichtathletikfachkreisen rechnet man den sowjetischen Vertretern besondere Chancen über 100 und 200 Meter, im Dreisprung, Kugelstoßen, Diskus- und Hammerwurf zu. Die Frauen-Abordnung der Sowjetunion wird sehr stark sein. Bereits bei den Meisterschaften vor 4 Jahren in Oslo schnitten sowjetische Leichtathletinnen besonders gut ab.

Die Teilnahme Sowjetrußlands macht auch das Erscheinen der übrigen osteuropäischen Länder in Brüssel wahrscheinlich. Der Tschechoslowake Zatopek erklärte nach seinen finnischen Wettkämpfen, daß er in Brüssel über 5000 und 10 000 Meter starten werde. Somit stehen in diesem Jahre vollbesetzte Europameisterschaften bevor, bei denen nur - so wurde von vielen ausländischen Leichtathleten betont - das Nichterscheinen Deutschlands eine Lücke läßt.

### Kleine Nachrichten

Der VfB Stuttgart besiegte am Dienstag seinen Lokalgegner Sportklub Stuttgart 5:0. Bei einem Radrennen erlitt der 29jährige Ernst Sommer in Laufenburg plötzlich einen Schwächeanfall. Er stürzte so schwer, daß er

### Sammeltag

Sammeltage werden von den verschiedensten caritativen Verbänden zur Unterstützung der Nolleidenden durchgeführt. „Heitt!“ ist dann stets der Mannhut, mit dem diese Sammeltage angekündigt werden. Auf allen Straßen und Plätzen stehen Frauen und Männer mit den Sammelbüchern und sie bitten die vorbeiziehenden Menschen um eine kleine Spende.

Am kommenden Sonntag ist wieder ein Groß-Sammeltag. Aber diesmal sind es keine caritativen Organisationen, die um Geldspenden bitten. Die Friedensfreunde haben einen Groß-Sammeltag organisiert. Sie sammeln nicht mit Büchern und sie wollen keine Gelder. Sie haben Unterschriftenlisten für den Frieden und bitten die Menschen, sich hier einzuzichnen. Der Appell von Stockholm, der das Verbot der Atomwaffe fordert und die Behandlung der Regierung als Kriegsverbrecher, die diese Waffe als erste anwendet, der wird von den Friedensfreunden an diesem Groß-Sammeltag den Menschen mit der Bitte unterbreitet: Gebt Eure Unterschrift, bekundet dadurch Euren Willen zum Frieden.

### Prüfungsergebnisse der Mannheimer Ingenieurschule

Mannheim. (lwb) An der Städtischen Ingenieurschule in Mannheim haben dieser Tage 37 Kandidaten der Maschinenbau- und 27 Kandidaten der Elektroabteilung die Prüfung bestanden.

sich einen Schädelbruch zuzog, an dessen Folgen er am Montagfrüh starb.  
Der Landessportbund Rheinland beschloß, Behörden- und Firmensportvereine sowie Vereine mit weltanschaulichem Charakter in den Verband aufzunehmen, um so die Einheit des Sports zu wahren und eine Zersplitterung zu vermeiden.

### Amerikanische Fußballer beim VfR

Die deutsch-amerikanische Fußballmannschaft wird mit einer 25 Personen starken Reisegesellschaft am 21. August auf dem Frankfurter Flughafen eintreffen. Dort wird die Mannschaft vom VfR-Vorstand mit einem Omnibus abgeholt und am 27. August gegen den VfR Mannheim spielen.

### „Solidarität“ ladet ein

Volks- und Sportfest auf dem Sportplatz „Sellweide“

Der Arbeiter Rad u. Kraftfahrerbund „Solidarität“ welcher 1933 von dem Sportplatz „Sellweide“ wie alle anderen Arbeitersportler vertrieben wurde, hat nun sein Domizil wieder dort aufgeschlagen. Mit eigener Kraft und lobenswerter Unterstützung der freien Turner wurde ein 200 qm großes Naturpodium erstellt, außerdem hat sich die Ortsgruppe Mannheim durch die Opferfreudigkeit der Mitglieder 6 neue Saalräder aus dem „Frisch auf“-Haus Offenbach erwerben können.

Dieses ist der Anlaß zu einem groß angelegten Volks- und Sportfest. In einer schlichten Feierstunde um 20 Uhr werden unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes Mannheim, Podium und Saalräder ihrer Bestimmung übergeben.

Schon am Nachmittag des Samstag wird die Veranstaltung mit 3 Fußballspielen eröffnet. Es spielen 2 Mannschaften der Straßenbahn Mannheim gegen 2 Mannschaften des T. U. S. Neckarau und die A. H. der S. G. Mannheim gegen die A. H. Birstadt. Kunstfahren (unter anderem wird der bekannte Kunstfahrer Benziger auftreten), wird das Programm umrahmen und die Jugend aber auch die nicht ganz Jungen werden den Samstag mit einem Tanz beschließen.

Sonntag nachm. 14 Uhr beginnt das große „Aschenbrennen“. Die Besetzung wird keinen Besucher enttäuschen. Radballspiele zwischen den Favoriten der süddeutschen Meisterschaft werden das Interesse vieler Besucher erwecken. Es lohnt sich am Samstag und Sonntag für alle Sportinteressenten zum Volks- und Sportfest der „Solidarität“ zu gehen.

Die Kapelle der Freien Turner wird den musikalischen Teil bestreiten.  
P. V.

wörtlich für die Ueberwinterung des „Sowjets“. Aber sofort nahm er sich zusammen und fragte ruhig:  
„Sonst noch Neuigkeiten?“  
„Sonst habe ich keine.“  
„Hast du nichts von dem Lehrer gehört, den dein Sohn Ermen begleitet hat?“  
„Nein, nichts.“  
„Und von dem Milizmann?“  
„Auch nichts.“

Loß Antlitz verdüsterte sich. Er steckte sich eine Zigarette an und sagte, zu Ossipow gewandt:  
„Eine unangenehme Neuigkeit!“  
„Was ist es?“ fragte Ossipow.

„Der ‚Sowjet‘ ist im Eis eingeschlossen. Zehn Monate lang wird der Dampfer jetzt stillliegen. Das ist ein großes Mißgeschick“, erklärte Loß seufzend. „Die ganze Sowjet-handelsflotte im Fernen Osten zählt nur zwölf Schiffe. Und einen dieser Dampfer habe ich, der Bevollmächtigte des Revolutionskomitees, ins Eisfeld gejagt, nur um eine kleine Schule in der Siedlung Enmakai einzurichten. Habe ich richtig gehandelt?“ fragte Loß nachdenklich.

„Schwer zu sagen, Nikita Sergejewitsch.“  
„Nein, nicht schwer zu sagen. Ich habe richtig gehandelt. Bolschewiki können solche Fragen nicht auf Krämermanier entscheiden. Darin besteht das Wesen unserer Nationalitätenpolitik... Na schön, Iljitsch, vielen Dank für die Neuigkeiten! Wenn du wieder etwas hörst, komm vorbei! Nimm dir auf den Weg etwas zu rauchen mit!“

### VI.

Die Zugvögel hatten das Tschuktschenland verlassen. Nur vereinzelte Scharen noch flogen nach Süden. An der Küste entlang standen bis zum Horizont die Eisfelder. Der Herr des Gebietes kam, der Winter. Es war ein stiller Morgen. Irgendwo bellte ein Hund. Und plötzlich erschien auf dem weißen Hintergrund von Erde, Himmel und Meer ein langer Streifen Rauch. Die Einwohner der Siedlung kamen in Aufregung und rannten ans Ufer.

Loß nahm ein langes Fernrohr und kletterte auf das Dach des Hauses. Er richtete das Rohr auf eine ferne Rauchwolke und erblickte einen Dampfer. Mon konnte deut-

lich erkennen, wie dieser gegen die Eisschollen anrannte, um sich zum offenen Wasser durchzuschlagen. Gelegentlich wich er zurück und ließ dann den Rumpf mit Vollampf auf die Schollen gleiten, um sie zu zerdrücken und beiseite zu schieben. Er warf Eisanker aus und schob die Schollen auseinander; diese schlossen sich jedoch immer wieder zusammen.

Um das Gebäude des Revolutionskomitees hatte sich eine Menschenmenge angesammelt. Voller Neugierde starrten alle auf das ferne Eis.  
„Ein Eisbrecher!“ schrie plötzlich Loß auf dem Dach.

In diesem Augenblick stieß der Eisbrecher zum offenen Wasser durch und begann, sich rasch der Siedlung zu nähern.

Loß erkannte den Namen des Schiffes.  
„Der ‚Rote Oktober‘!“ rief er.

Das Schiff ließ ein langgezogenes Pfeifen hören, was durch das Echo in den Bergen ringsum vervielfacht wurde.

Loß stieg eilig vom Dache, schirpte die Hunde an und jagte zusammen mit Ermen zu dem Schiff. Die Narte verschwand im Packeis.

Fern von der Tschuktschenküste lenkte die im Eismeer verlorene, von russischen Seefahrern entdeckte Wrangelinsel die Aufmerksamkeit der raubgierigen Engländer auf sich. Sie nutzten die im Fernen Osten entstandene Lage aus und besetzten die Insel entgegen allem Völkerrecht. Irgendein Wils landete auf ihr mit seinen Leuten.

Im Auftrag der Regierung verjagte die Expedition des Hydrologen Dawydow die Eindringlinge von der Wrangelinsel und pflanzte auf ihr die Sowjetflagge auf.

Jetzt befand sich der „Rote Oktober“ auf dem Rückwege von der Wrangelinsel, hatte aber im Kampf gegen das Eis alle Kohlenvorräte aufgebraucht. In der Kessel wanderten nicht nur die Holzverschalung des Schiffes und die Manillataue, sondern auch Mehl, Zucker und überhaupt alles, was brennbar war. Die Besatzung befand sich in einer äußerst schwierigen Lage.

Loß stieg an Bord des Schiffes, und der Wachhabende führte ihn unverzüglich zum Expeditionsleiter.